

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 402
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 21. Dezember 1934.

Ermässigte Hundemarken für 1935.

Auch im Jahre 1935 werden an bedürftige Hundebesitzer, die infolge ihrer Einkommensverhältnisse ausserstande sind, den vollen Abgabebetrag von 12 Schilling zu bezahlen, ermässigte Hundemarken zu 3 Schilling ausgegeben.

Die Gesuchsformulare sind in der Zeit vom 2. bis 9. Jänner beim Bezirksfürsorgeamt des Wohnbezirkes abzuholen und dem zuständigen Fürsorgerat nach wahrheitsgemässer Ausfüllung längstens bis 12. Jänner zu übergeben. Später einlangende Ansuchen können nicht berücksichtigt werden. Vor dem 2. und nach dem 9. Jänner werden keine Gesuchsformulare ausgegeben. Nachfragen wegen Erledigung der Gesuche bei den Amtsstellen sind zwecklos und nur geeignet, die Erledigung zu verzögern.

Die missbräuchliche Inanspruchnahme dieser Begünstigung wird geahndet.

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 31 b (15 b) vergibt die Zimmermannsarbeiten für den Bau des Familienasyls in der Adalbert Stiftergasse; Anbotsverhandlung 8. Jänner, 9 Uhr.

Eröffnung der Wärmestuben.

Die Wärmestuben Erdbergerstrasse 85, Nobilegasse 35, Seeböckgasse 18, Burghardtgassee 3 und Puchsbaumplatz 13 sind bereits geöffnet worden. Der Betrieb wird wie in den Vorjahren geführt; die Wärmestuben sind derzeit von 20 Uhr bis 6 Uhr offen. Die Wärmestube Puchsbaumplatz ist von 8 Uhr bis 17 Uhr offen; die Besucher dieser Wärmestube werden zur Nächtigung an das Obdachlosenheim der Stadt Wien gewiesen.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 und Petrusgasse 10, beginnen im Jänner folgende neue Kurse: Kurse für einfache, bürgerliche und feine Küche, Abendkurse für Weissnähen und Flicker, ein Servierkurs und Nachmittags- und Abendkurse für Kleidermachen. Anmeldungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr; Prospekte in der Schulkanzlei, Fernruf B 25-4-19.

Entfallender Empfang bei Bürgermeister Schmitz.

In der nächsten Zeit findet bei Bürgermeister Richard Schmitz kein Empfang statt. Der nächste Empfangstag ist erst Anfangs Jänner.

BUDGETBERICHT

vom 21. Dezember 1934.

In Fortsetzung der Budgetverhandlungen nimmt in der Debatte über das Kapitel "Technische Angelegenheiten" Rat Ing. Petravic Stellung zu der Arbeitsbeschaffung, und sagt der Herr Bürgermeister habe den Grundsatz aufgestellt, dass der Leitstern der gegenwärtigen Verwaltung für die Arbeitsbeschaffung die Förderung der Privatwirtschaft sei. Nach ausführlicher Besprechung der Lage der Privatwirtschaft erklärt Redner, die Anregung zu geben ob es nicht auch eine Art von Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand wäre, den Betrieben durch Gewährung billiger Kredite zu helfen. Hierbei müssten diese Betriebskredite zu leichteren Bedingungen gewährt werden als von den statutarisch festgelegten Kreditinstituten. Man dürfte sich nicht an formalistischen Regeln halten, sondern die Kredite von dem Grad des Vertrauens abhängig machen müssen. Auch die Bewilligung von Export- und Investitionskrediten würden zweifellos zur Belebung der Industrieanlagen beitragen. Redner bittet diese Anregungen im kommenden Verwaltungsjahr zu erwägen.

Im Schlussworte kommt Stadtbauamtsdirektor Dr. Ing. Musil auf die Ausführungen des Rates Stubenvoll über die Vorfälle des 12. Februar in den Wr. Gemeindehäusern zu sprechen und erklärt, dass die genaue Untersuchung und Erhebungen der Polizei ergeben haben, dass Verschulden von Beamten nicht vorliegen. Wenn noch eine Person im Stadtbauamt wäre, der eine Schuld beigemessen werden könnte, so würde sie aus dem Amt entfernt werden. Wenn eine weitere Untersuchung um Schuldige zu finden für richtig erachtet werde, stehe das Stadtbauamt zur Verfügung. Zu den Ausführungen des Rates Herrmann über die Betonstrassen erklärt der Referent, dass auch er diese Strassen schätze und sie würden dort zur Verwendung kommen, wo sie möglich sind. Schon deshalb weil sie der österr. Industrie Arbeit schaffen. Grundsätzlich bestehe gegen ihre Verwendung keine Voreingenommenheit. Auf die Ausführungen des Rates Jirek bezüglich der städtischen Lastkraftwagen erklärt der Referent, dass die Wiener Fuhrwerker nach Möglichkeit zur Arbeit herangezogen werden.

Den Bericht über die Kapitel "Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten" und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erstattet Senatsrat Dr. Fenzl. Ueber die Rubrik "Märkte und Schlachthöfe" führt der Referent aus, dass als hauptsächliches Approvisionierungsobjekt für die Vermarktung von Fleisch- und Fleischwaren die Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, dient. An Schlachtanlagen besteht der Rinderschlachthof St. Marx, der Rinderschlachthof Meidling, die Wiener Kontumazanlage und der städt. Schweineschlachthof. An Viktualienmärkten bestehen in Wien neben dem

Naschmarkt noch weitere 36 offene Märkte, ferner 6 gedeckte Detailmarkthallen, der Zentralfischmarkt und als Spezialmärkte der Blumengrossmarkt und die Gemüsegrossmärkte Volkwehrplatz und Siebenbrunnengässchen. Bezüglich der Lagerhäuser führt der Referent aus, dass diese bemüht waren, den durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse bedingten Verkehrsrückgang durch Anpassung an die Verkehrsnotwendigkeiten, Ausgestaltung ihrer Konservierungs-, Veredlungs- und Verarbeitungseinrichtungen nach bester Mög-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am _____

lichkeit entgegenzuwirken. Der Berichterstatter bespricht die Baustoffbeschaffung, die Aufgaben des Wirtschaftsamt, der Veterinärpolizei, die Erfordernisse im Schulwesen und erklärt abschliessend, dass der städtische Grundbesitz 7.309 Hektar, also 26 Prozent der Wiener Bodenfläche umfasst.

Auf die Gruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" eingehend, wendet sich Senatsrat Dr. Fenzl dem Sicherheitswesen, der Baupolizei und den Verkehrsangelegenheiten zu. Ueber die Feuerwehr sagt der Referent, dass diese im Jahr 1933 4.692 mal ausrückte. Die neue Stadtverwaltung setzt alles daran, um die Schlagfertigkeit der Wiener Feuerwehr stets auf der Höhe zu halten.

Rat Dr. Trautzi weist darauf hin, dass durch die Untätigkeit der früheren Verwaltung eine Art Vergreisung der Schulbauten eingetreten sei, die sich auch im Schulwesen selbst bemerkbar mache, da eine Reihe von Lehrpersonen weit über das Dienstalter hinaus aktiv geblieben sind. Die neue Verwaltung wende ihr besonderes Augenmerk der Volksbildung zu und auch der Kunstförderung durch Unterstützung notleidender Künstler.

Rat Dr. Herbert vergleicht den Bürgermeister und die Vizebürgermeister mit dem Armeekommando, die Räte der Stadt Wien mit Frontoffiziere, die engere Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung haben und daher auch in der Lage sind, auf Grund ihrer Wahrnehmungen manche nützliche Anregung zu geben, Härten aufzuzeigen und auf Schönheitsfehler der Verwaltung aufmerksam zu machen.

Rat Dr. Hengl dankt im Namen der Wiener Landwirte dem Bürgermeister für die ^{Zustimmung zur} Errichtung der Landwirtschaftskammer und bringt dann noch einige Wünsche zur Kenntnis die die unter anderem die Verpachtung von städtischen Grundstücken betreffen.

Rat Effenberger vertritt die Auffassung, dass der Betrieb der städtischen Bäckerei eingestellt werde, und spricht die Bitte aus, dass die Bezahlungen durch das Wirtschaftsamt möglichst rasch ermöglicht werden.

Frau Rat Kuster richtet an die Verwaltung die ^{in erster Linie die Produkte} Bitte, sie möge ^{der Wiener Landwirtschaft abnehmen. Sie fragt, ob es möglich wäre, Prämien} zu geben, damit die Wiener landwirtschaftlichen Arbeiter ^{statt} fremdzuständiger Arbeiter Beschäftigung finden

Rat Rauch spricht sich gegen den Hausiererhandel mit Lebensmitteln aus und verlangt, dass diesem Unwesen ein Ende bereitet werde. Es soll auch der Textilhandel auf den Märkten verboten werden. Bei städtischen Lieferungen möge das Wirtschaftsamt auf die kleineren Betriebe entsprechende Rücksicht nehmen.

Rat Begle warnt vor der Einstellung der städtischen Bäckerei, weil sie für die Stadt sehr nützlich sei, ^{keine Konkurrenz bereite und} den Kleinbetrieben ^{vor} aus sozialen Gründen, weil dadurch viele Arbeiter brotlos würden, die in anderen Betrieben keine Unterkunft finden würden, wie die Erfahrung in einem ähnlichen Falle bewiesen habe.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

Rat Strobl wünscht eine Regelung der Verhältnisse auf dem Zentralviehmarkt in der Richtung der obligatorischen Preisbildung. In der Frage des Milchkonsums stellt sich Redner auf den Boden des Milchausgleichsfonds; er kritisiert, dass das Kilogramm Exportbutter nach London genau soviel kostet wie der Liter pasteurisierte Milch in Wien. Es wäre unter den heutigen Verhältnissen nicht angebracht, den Pasteurisierungszwang aufrecht zu erhalten, weil dadurch tausende Menschen vom Milchbezug ausgeschlossen werden. Es ist durchaus verfehlt, hier mit Preisvereinbarungen zu arbeiten.

In seinem Schlusswort kommt Senatarat Dr. Fenzl auf alle in der Debatte vorgebrachten Anregungen, Wünsche und Beschwerden zurück und stellt deren Prüfung und Erwägung in Aussicht.

Damit sind die Verhandlungen über die Hoheitsverwaltung beendet. Bürgermeister Richard Schmitz leitet nun die Abstimmung ein. Die Anträge des Haushaltausschusses betreffend den Voranschlag der Stadt Wien für 1935 und betreffend den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für 1933 samt den dazu gehörigen Berichten des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien werden angenommen und zur Kenntnis genommen.

Die Wiener Bürgerschaft tritt nun in die Beratungen über die Wirtschaftspläne der städtischen U_nternehmungen für 1935 und die Bilanzen der städtischen U_nternehmungen für 1933 samt den dazu erstellten Berichten des österreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien ein.

Zunächst berichtet Direktor Ing. Menzel über die städt. Gaswerke. Ueber das Geschäftsjahr 1933 führt der Berichterstatter aus, dass in diesem Jahr die verkaufte Gasmenge 285'5 Millionen Kubikmeter betrug gegenüber 299 Millionen Kubikmeter im Jahre 1932. Das Versorgungsgebiet der städt. Gaswerke umfasst ausser Wien 16 Gemeinden. Von dem verkauften Gas entfielen rund 70 Prozent auf den Verbrauch für Kochzwecke, rund 10 Prozent für Raumheizung, rund 16 Prozent für gewerbliche Zwecke und rund 4 Prozent auf Beleuchtung. Die Kokserzeugung betrug im Geschäftsjahr 1933 rund 531.500 Tonnen, die ~~Meer~~erzeugung rund 32.000 Tonnen, die Ammoniakherzeugung rund 2000 Tonnen und die Erzeugung von Benzol-Kohlenwasserstoffe rund 7000 Tonnen. Der bilanzmässig ausgewiesene Gebarungüberschuss für das Geschäftsjahr 1933 beträgt 3'31 Millionen Schilling. Ueber den Wirtschaftsplan für 1935 sagt Direktor Menzel, dass die Gaswerke für dieses Jahr mit einer Gaserzeugung von 278 Millionen Kubikmeter rechnen. An Neuherstellungen sind vorgesehen die Erneuerung der Kammerofenanlage im Gaswerk Simmering, Ausgestaltungen der Kohlen- und Koksförderungsanlagen und der Anlagen zur Verarbeitung von Nebenerzeugnissen im Werk Leopoldau, die Erweiterung des Rohrnetzes und die Beschaffung neuer Gasmesser. Der Geldbedarf für die Neuherstellungen und für noch in Ausführung befindlicher Anlagen des Jahres 1934 im Gesamtbetrag von 6'1 Millionen S wird aus den eigenen Mitteln des Unternehmens gedeckt. (Beifall).

Ueber die städt. Elektrizitätswerke führt Direktor Menzel aus, dass die verkaufte Strommenge im Jahre 1933 346'1 Millionen Kilowattstunden betrug gegenüber 361'2 Millionen im Jahre 1932. Die Hauptursache des Rückganges war wie bei den Gaswerken die andauernde Wirtschaftskrise. Trotz des Rückganges der verkauften Strommenge hat sich im Geschäftsjahr 1933 die Zahl der Anschlüsse um 8639 auf 668.393 erhöht. Der bilanzmässig ausgewiesene Gebarungüberschuss stellt sich infolge vorzeitiger Abschreibungen auf Grund des Investition-Begünstigungsgesetzes auf 3'85 Millionen Schilling. Im Wirtschaftsplan für 1935 ist ein Stromverkauf von 322 Millionen Kilowattstunde angenommen. Für Neuherstellungen ist ein Gesamtaufwand von 4'51 Millionen S veranschlagt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

4. Blatt

Wien, am.....

Die Bilanzen und die Wirtschaftspläne der beiden städtischen Unternehmungen werden ohne Debatte genehmigt.

Vorsitzender Vizebürgermeister Lahr erteilt nun dem Strassenbahndirektor Ingenieur Werner das Wort zur Berichterstattung über die Bilanz und den Wirtschaftsplan der städtischen Strassenbahnen. Der Referent führt aus, dass der Gebarungsabgang des Jahres 1933 rund 15'3 Millionen S beträgt. Gegenüber dem Voranschlag für das Berichtsjahr ist das tatsächliche Ergebnis um rund 9 Millionen S besser. Die Gesamtfrequenz der Strassenbahn und Stadtbahn einschliesslich der Arbeitslosenbeförderung betrug im Geschäftsjahr 1933 rund 469'6 Millionen Fahrgäste, um 54'3 Millionen weniger als im Jahre 1932. An den Mindereinnahmen ist auch der Autobusbetrieb beteiligt, der ebenfalls einen Frequenzrückgang aufweist. Die Ausgaben für das Personal einschliesslich der sozialen Ausgaben sowie der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Schemaangestellten beanspruchten 83 Millionen S gegenüber 88'4 Millionen S im Jahre 1932; im Berichtsjahr verringerte sich der Personalstand von 15.052 auf 14.675. Für das Jahr 1935 wird ein Gebarungsabgang von rund 6'5 Millionen S angenommen. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung sind mit rund 103'5 Millionen S veranschlagt, von denen 99'1 Millionen S auf den Strassenbahn- und Stadtbahnbetrieb entfallen. Die Fahrleistung für Strassenbahn und Stadtbahn wird mit insgesamt 125'6 Millionen Wagenkilometern vorgesehen. An Investitionen und Inventaranschaffungen ist für das Geschäftsjahr 1935 ein Gesamtbetrag von 8'6 Millionen S veranschlagt.

Rat Ing. Herrmann drückt die Meinung aus, dass eine Verbilligung der Strassenbahntarife wenn auch nicht das Defizit herabdrücken, so doch die Frequenz wesentlich erhöhen könnte. Und es wäre volkstümlicher, das Defizit damit zu motivieren, dass wir billig fahren.

Rat Holaubek sagt, es erübrige eigentlich über Personalangelegenheiten der Strassenbahner zu sprechen, da ja gestern die offizielle Personalvertretung der Strassenbahner gebildet worden ist. Damit sei ein langgehegter Wunsch der Strassenbahner in Erfüllung gegangen. Wenn durch die neuen Tarifmassnahmen eine Verbesserung in der finanziellen Lage der Strassenbahnen eintreten werde, dann möge man den Strassenbahnern von ihren sozialen Errungenschaften und den Löhnen nichts mehr wegnehmen.

Vorwurf illegaler Bestrebungen innerhalb der Strassenbahner betreffe, so seien es Dienstfremde oder abgebaute Personen, die diese Bestrebungen in die Betriebe hineinbringen. Die Strassenbahner aber werden den neuen Weg gehen und alles was an illegalen Bestrebungen vorhanden ist, zunichte machen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

5 Blatt

Wien, am _____

Dr.
Rat Trautzi richtet an die Strassenbahndirektion die Bitte, die Stundeneinteilung für die Schüleranweisungen, die jetzt die Rückfahrt erst ab 1 Uhr nachmittags gestattet, darin zu ändern, dass bereits um 12 Uhr die Rückfahrt angetreten werden könne, da in den Gymnasien vielfach der Vormittagsunterricht schon um diese Stunde geschlossen wird. Redner sagt, es sei ihm ein Bedürfnis, hier zu erklären, dass im Vergleich zu früheren Zeiten das Verhalten der Strassenbahner ein so höfliches und taktvolles ist, dass man wohl kaum irgendeine Grosstadt finden wird in der die Einheimischen und Fremden mit soviel Zuvorkommenheit und Höflichkeit behandelt werden, wie in Wien.

Rat Gräf stellt der Erwägung anheim ob nicht durch eine Fahrpreisermässigung eine geregelte Bilanz erzielt werden könnte. Vielleicht könnte die Strassenbahndirektion den Versuch mit der Einführung des Fahrpreises von 20 Groschen für weitere Strecken und vielleicht wäre auch bei der Ueberzahl des Personals eine Personalverschiebung möglich um dadurch den Strassenbahnbetrieb zu entlasten. Schliesslich könnte durch eine Verbilligung des Strompreises für die Strassenbahn Erleichterung geschaffen werden. Bei der Vergebung von städt. Arbeiten sollte nicht das billigste sondern das beste Offert berücksichtigt werden. Das Sofortprogramm des Bürgermeisters wäre in dem Sinne zu popularisieren, dass wie Redner sagt, jede Wienerin und jeder Wiener, jeder Oesterreich und jede Oesterreicherin ein Sofortprogramm erstellt, um dadurch die Privatwirtschaft zu beleben.

Rat Hofbauer warnt hinsichtlich der Anregungen des Rates Gräf vor Experimenten, weil diese oft ungünstig ausgehen können. Die Strassenbahn müsse den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen und es sei auch notwendig, dass sie aus ihrem Arbeitsprogramm alles ausschaltet was nicht unbedingt zu ihren Betriebsbedürfnissen gehört, dann wird auch das Gewerbe, die Industrie und der Handel daraus Vorteile ziehen und für ihre Angestellten und Arbeiter mehr Beschäftigung haben.

Rat Ing. Frisch ergänzt diese Ausführungen durch den Wunsch, dass auch die anderen städt. Unternehmungen alle Arbeiten unterlassen, die von der Privatindustrie ausgeführt werden können. Nach dem Muster anderer Grosstädte könnten auch in Wien statt der Benzinautobusse Elektro-Oberleitungswagen eingeführt werden.

Rat Frumolt
bittet auch für Strecken unter zwei Kilometern Schülerkarten zu bewilligen. Weiter ersucht er um eine Verkürzung der Intervalle und um Verbilligung des Sonntagstarifes.

Rat Rechberger empfiehlt die Auflassung der Parallel-Linien von Kraftwagen zur Strassenbahn, weil die Erfahrung lehrt, dass eine von den beiden Linien zu kurz kommt. Eine derartige Massnahme wäre auch im Interesse des um seine Existenz schwer ringenden Privatfuhrwerks gelegen. Mit Rücksicht auf die grosse Ausdehnung von Ottakring, verlangt der Redner die Fortsetzung einer Strassenbahnlinie über den Ottakringer Friedhof hinaus.

Rat Jirku ersucht die Direktion um die Errichtung einer Strassenbahnhaltestelle bei den gewerblichen Fortbildungsschulen am Margareten-gürtel, da die jetzige Haltestelle zu weit von der Schule entfernt ist.

Rat Ing. Petravic bemerkt, es wären vielleicht durch die Rationalisierung der Diensteneinteilung bei den Strassenbahnen Ersparnisse zu erzielen und dadurch eine Erleichterung des Betriebes zu erwirken.

Die Behandlung dieser Frage müsste allerdings mit voller Objektivität erfolgen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

6. Blatt

Wien, am.....

Direktor Ing. Werner erwidert in seinem Schlussworte auf die Ausführungen der Redner, heute den Tarif abzubauen, halte er für ~~MMMMMM~~ unrichtig und glaube kaum, dass dadurch eine Märfrequenz erfolgen würde, die die Mindereinnahmen zu decken vermöchte. Ein Uebergang auf den Autobusbetrieb im grossen Umfange könne ebenfalls nicht in Frage kommen, weil die Betriebskosten nahezu doppelt so hoch sind wie die der Strassenbahn. Die Frage der Schüleranweisungen wird mit dem Stadtschulrate einvernehmlich geregelt werden. Auf die Ausführungen des Rates Ing. Hofbauer bemerkt der Referent, dass bei der Strassenbahndirektion selbstverständlich die Tendenz herrsche, dass alles, was nicht unbedingt im Betriebe selbst erzeugt werden muss, der Privatindustrie zukomme. Der Wirtschaftsplan und das Investitionsprogramm der Strassenbahnen für das kommende Jahr enthalte 14,7 Millionen, die der Privatwirtschaft zufließen. ~~.....~~ Autobuslinien, die nicht parallel zur Strassenbahn laufen haben sich nicht bewährt und mussten daher wieder eingestellt werden.

Voranschlag und Bilanz der städt. Strassenbahn werden genehmigt. Bürgermeister Schmitz erteilt sodann dem Direktor Stanka das Wort zum Bericht über das Brauhaus der Stadt Wien. Der Referent erklärt, dass das Geschäftsjahr 1933 einen Gebarungüberschuss von 200.000 Schilling ergeben hat. Infolge der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage konnten im Betriebsjahr 1933 bloss 175.775 Hektoliter Bier verkauft werden, nur 78 Prozent der mit 225.600 Hektoliter angenommenen Bierverkaufsmenge. Für das Jahr 1935 wird mit einem Gebarungüberschuss von 50.000 Schilling gerechnet. Die Biererzeugung ist mit 160.000 Hektolitern, der Verkauf mit 150.400 Hektolitern vorgesehen.

Direktor Raschendorfer berichtet sodann über die städtische Leichenbestattung. Im Jahre 1933 hat diese Unternehmung von 24.820 in Wien Verstorbenen 11.450 allein und 8.170 mit anderen Unternehmungen bestattet. Für das Jahr 1935 ist ein Ueberschuss von 130.000 S veranschlagt.

Hierauf referiert Direktor Pikolon über die städtische Ankündigungsunternehmung. Der Referent betont, dass die Ereignisse des Februar und Juli auf das Wiener Reklamegeschäft sehr nachteilig gewirkt haben, doch hat die Kaufmannschaft später wieder Vertrauen gewonnen und es zeigt sich nunmehr wieder eine merkliche Besserung. Als Gebarungüberschuss für 1935 ist der Betrag von 75.000 S veranschlagt.

Die Bilanzen für 1933 und die Wirtschaftspläne für 1935 diese drei städtischen Unternehmungen, sowie die Berichte des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien über die Bilanzen der städtischen Unternehmungen werden genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

7. Blatt

Wien, am

Bürgermeister Richard Schmitz hält nun die Schlussrede. Der Bürgermeister führt aus: Es drängt mich unwillkürlich jetzt, bevor ich die Abschiedsworte spreche, einem Bedürfnis meines Herzens Genüge zu tun und allen meinen Mitarbeitern in der Verwaltung Wiens den aufrichtigsten Dank zu sagen. Dank vor allem den Herren Vizebürgermeistern, die mich in kameradschaftlicher und stets dienstbereiter Weise unterstützt haben. Ich sage auch Dank den Schriftführern des Hauses und allen Frauen und Herren Räten der Stadt Wien und wiederhole mit grosser Befriedigung, dass der Gang der Verhandlungen in der ersten Budgetdebatte der Wiener Bürgerschaft auf einer achtenswerten Höhe und auf einem der hohen Körperschaft zur Ehre gereichenden Niveau geführt wurde. Besonderen Dank muss ich dem Herren Magistratsdirektor, dem Kontrollamtsdirektor und allen leitenden Beamten und Direktoren zollen, die mit Opferwilligkeit alles getan haben, um die ungeheuren Arbeiten, die seit dem 12. Februar vollbracht werden mussten, durchzuführen. Ich danke auch für ihre hervorragende Mitarbeit dem Präsidialbüro, den Bezirksvorstehern, Bezirksräten und Fürsorgeräten, die in diesen harten Zeiten bei der Winterhilfe verdienstlich mitwirken. Auch allen Beamten, Angestellten, Lehrern und Arbeitern der Stadt Wien gilt meine Anerkennung, mein Dank und Weihnachtsgruss. Wir sind alle miteinander durch den heissen Wunsch verbunden, es möge die Zeit der schweren Prüfungen für unsere Stadt Wien, unser liebes Volk und unser Vaterland Oesterreich zu Ende gehen. Es mögen wieder Friede und Wohlstand in unsere Stadt und unser Vaterland Einzug halten. Das ist unser Gebet, unser heissester Herzenswunsch in dieser Stunde, da wir zum letztenmal in diesem Jahre beisammen sind. Bis dieser Wohlstand eingekehrt sein wird und die Menschen aus eigener Kraft wieder ihr Leben zimmern, müssen wir aber bereit sein, allen unglücklichen Brüdern und Schwestern die schwere Last der Not, die ihnen das Schicksal aufgebürdet hat, tragen zu helfen. Der Bürgermeister schloss seine Ansprache mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen (Beifall).

Vizebürgermeister Dr. Kresse und Rat Dr. Schwarz sprachen namens der Vizebürgermeister und der Wiener Bürgerschaft dem Bürgermeister Dank und höchste Anerkennung für seine grosse Arbeitsleistung aus und entboten ihm die herzlichsten Weihnachts- und Neujahrswünsche.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

.....